



Christlich-Jüdische Arbeitsgemeinschaft in der Schweiz
Amitié Judéo-Chrétienne en Suisse
Amicizia Ebraico-Cristiana in Svizzera

Keine Steuergelder für den Mord an Menschen

Europäische Staaten wie die Schweiz finanzieren sogenannte Nichtregierungsorganisationen (NGOs), die in der wichtigen Debatte über Pensionen für palästinensische Mörder und deren Angehörige das Recht solcher Bezahlungen verteidigen. In Grossbritannien wurde deswegen ein Teil der Fördermittel an die Palästinensische Autonomiebehörde (PA) eingefroren. Die USA fordern die PA auf, solche Zahlungen zu unterlassen und bereiten ein entsprechendes Gesetz vor. Deutschland hat eine Untersuchung dazu veranlasst. Norwegen hat die PA aufgefordert, Fördermittel nicht zu verwenden, um Terroristen und deren Familien zu finanzieren. In den Niederlanden gibt es eine parlamentarische Motion zu dieser Problematik. In der Schweiz hat die deutliche Annahme der Motion Imark im Nationalrat ein Zeichen gesetzt. Danach soll die Verwendung von Steuergeldern für Rassismus, Antisemitismus und Hetze konsequent unterbunden werden. (<http://www.palaestina.ch/index.php/de/unsere-meinung/stellungnahmen/415-motion-imark>).

Bemerkenswert ist, dass die palästinensischen NGOs das unbedingte, angeblich international verbriefte Recht von Terroristenpensionen verteidigen. Sie tun dies immer noch, auch gegenüber der Schweiz, von der sie direkt oder indirekt mitfinanziert werden (<http://www.ngo-monitor.org/reports/terrorist-salaries-european-funded-ngos-promote-right-paid-terror/>).

Es sind aber nicht nur die palästinensischen NGOs, die diese Zahlungen als rechtmässig verteidigen. Vielmehr kommt das Geld selbst aus den Zahlungen an die PA aus dem Ausland – auch aus der Schweiz. Die Pensionen für Terroristen und deren Familien belaufen sich gegenwärtig insgesamt auf rund 350 Millionen Dollar im Jahr.

Die christlich-jüdische Arbeitsgemeinschaft (CJA) der Schweiz bekräftigt das biblische Gebot „Du sollst nicht morden“. Es ist Teil unserer jüdischen und christlichen Ethik. Das Gebaren der palästinensischen Führung, üppige Pensionen an Terroristen und Mörder und deren Familien zu bezahlen, steht im krassen Widerspruch zu dieser Ethik.

Deshalb fordert die CJA Schweiz den Bundesrat auf, die finanzielle Förderung dieser NGOs ebenso wie die Rechtfertigung von Terroristenpensionen zu unterbinden. Zudem ist sicherzustellen, dass Schweizer Hilfgelder an die PA nicht zur Finanzierung von Terroristenpensionen umgeleitet werden. Schweizer Politikerinnen und Politiker, aber auch die leitenden Personen und Gremien der Schweizer Kirchen bittet die CJA um öffentliche Unterstützung dieser Forderung.

www.cja.ch